

Regierungsratsbeschluss

vom 29. März 2022

Nr. 2022/489

Vernehmlassung zur Revision des CO₂-Gesetzes Schreiben an das Bundesamt für Umwelt BAFU, Bern

1. Erwägungen

Mit Schreiben vom 17. Dezember 2021 gelangt die Vorsteherin des Eidgenössischen Departementes für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) an die Kantonsregierungen und ersucht sie um Stellungnahme zur Revision des CO₂-Gesetzes.

Im Rahmen eines verwaltungsinternen Vernehmlassungsverfahrens haben sich das Volkswirtschaftsdepartement, das Amt für Raumplanung, die kantonale Motorfahrzeugkontolle sowie das Amt für Umwelt zum vorliegenden Gesetzesentwurf geäussert. Dabei ergaben sich keine divergierenden Meinungen.

2. Beschluss

Auf Antrag des Bau- und Justizdepartementes wird die Stellungnahme zur Revision des CO₂-Gesetzes beschlossen.

Andreas Eng Staatsschreiber

Beilage

Schreiben an das Bundesamt für Umwelt BAFU vom 29. März 2022

Verteiler

Bau- und Justizdepartement
Amt für Umwelt (ZG, hac: BauGK 2021-1546) (2)
Amt für Raumplanung
Motorfahrzeugkontrolle
Volkswirtschaftsdepartement
Amt für Wirtschaft und Arbeit, Energiefachstelle
Medien (elektronischer Versand durch STK Kommunikation)